

SÜDAFRIKA

APARTHEID

Nachts weiß

deutschen Botschaft in Moskau, Professor Auhagen, zur Persona non grata. Auhagen hatte sich für 13 000 deutschstämmige Bauern aus Sibirien eingesetzt, die unter dem Druck der Stalinschen Zwangskollektivierung nach Deutschland rückwandern wollten und deshalb die deutsche Botschaft belagerten.

Über die diplomatischen Vertretungen liefen die Moskauer Kontakte zu deutschen sozialistischen Parteien. Noch Mitte Januar 1933, wenige Tage vor Hitlers Machtübernahme, versuchte der sowjetische Botschaftssekretär in Berlin, Winogradow, zwischen dem SPD-Führer Stampfer und KP-Fraktionschef Torgler ein Gespräch über die Bildung einer linken Einheitsfront gegen die Nazis zu vermitteln.

Im Hitler-Reich ließ sich Moskau durch jüdische Sowjetbürger in Hamburg vertreten: Das Generalkonsulat in der Johnsallee 20 leitete ab 1935

Die Parole der Regierungspartei heißt, wie ein Slogan aus der Waschmittelbranche, „White by night“. Doch nicht Textilien sollen „nachts weiß“ werden, sondern Städte:

Südafrikas National Party will künftig Afrikaner nur noch tagsüber in den Städten sehen. Denn — so Dr. Piet Koornhof, stellvertretender Minister für Bantu-Angelegenheiten — „nachts gehören die da nicht hin“.

Aber auch bei Tage sollen es nur bestimmte Berufsgruppen sein: Haus-hilfen, Straßenfeger, Müllmänner — kurz Leute in Jobs, für die sich Weiße zu schade sind.

Afrikaner mit besseren Berufen er-fuhren Anfang April, daß sie nicht

Aber auch viele weiße Geschäftsleute sind nicht glücklich. E. J. Smith, Präsident der Johannesburger Handelskammer: Es sei „äußerst dumm, den Einsatz von Arbeitskräften zu be-schränken, nach denen eine große Nachfrage besteht und für die es kei-nen Ersatz gibt“.

Tatsächlich herrscht unter Südafri-ka 3,6 Millionen Weißen Vollbeschä-figung. Obwohl allein im letzten Jahr 40 000 Einwanderer — vorwiegend aus England, Holland und Deutschland — registriert wurden, sucht weniger als ein Prozent der arbeitsfähigen Weißen einen Job.

Die Industrie attackiert die neue Re-gierungsverordnung nicht nur wegen des Personalmangels: Weiße Arbeits-kräfte sind teurer als Farbige.

Südafrikas blühende Wirtschaft (Jahreswachstumsrate: sechs Prozent) lockte immer mehr Afrikaner in die Fabriken. Schon lebt ein Drittel der knapp 13 Millionen Schwarzen in den Industriegebieten.

Deshalb begrüßt die Masse der Weißen — nur sie dürfen diese Woche das Parlament wählen — das Edikt. Denn die weiße Arbeiterschaft fürchtet um ihre Privilegien:

- ▷ Der weiße Arbeiter verdient im gleichen Job fünfmal soviel wie sein farbiger Kollege.
- ▷ In zahlreichen Branchen wird nur er zu einer — späteren Aufstieg er-möglichenden — Lehre zugelassen.
- ▷ Einige Berufe sind prinzipiell nur Weißen reserviert.
- ▷ Nur Weiße dürfen streiken. Nur ihre Gewerkschaften werden offiziell anerkannt.

Meist verfochten gerade Gewerk-schaften die kompromißloseste Tren-nungspolitik. 1965 beispielsweise for-derten sie die Bürger auf, sie sollten sich ihre Briefe selbst von der Post abholen, weil nicht genug weiße Post-beamte zur Verfügung standen.

An die um ihre Vorrechte und ihr soziales Prestige bangenden „armen Weißen“ appelliert denn auch der vor sechs Monaten aus der regierenden Nationalpartei ausgestoßene Rassist Dr. Albert Hertzog (SPIEGEL 43/1969). Ihm ist die Politik der Re-gierung zu liberal. Seine Herstigte Nasionale Party (erneuerte National-partei) kämpft für die Entlassung aller Farbigen aus der Industrie.

Die Ultrarechten mögen keinen ein-zigen Wahlkreis gewinnen. Einen Er-folg können sie aber jetzt schon bu-chen: Sie trieben die Regierungspartei auf einen noch härteren Apartheid-kurs.

Deshalb erließ die Regierung noch vor der Wahl die neue Verordnung. Sie wird nach den Worten Dr. Koorn-hofs „ein Ende der Integration in der Wirtschaft“ bringen.

Ob eine solche Trennung in eine weiße und eine schwarze Wirtschaft möglich ist, erscheint freilich zweifel-haft. Denn gegenwärtig arbeiten in Südafrika 5,3 Millionen Farbige, aber nur 1,3 Millionen Weiße.



Arbeiter, Ausbilder in Südafrika: Mehr Apartheid in der Wirtschaft

Israel Terlezki und ab 1937 Alexander Hirschfeld. Eine sowjetische Handels-mission gab es im Haus Schwanenwik 37 noch bis zum Jahr 1941 — nach dem Krieg von der russischen Transport-Versicherung Sovag besetzt, wurde es im vorigen Jahr als Spionage-Filiale enttarnt (SPIEGEL 13/1969).

Die Sorge der Bonner Regierung gilt weniger der konspirativen Ab-sicht als dem diplomatischen Rang des neuen Mannes aus Moskau in Ham-burg. Nach ihm wird die Bedeutung des deutschen Generalkonsulats in Leningrad bemessen, von dem vorerst nur feststeht, daß es ein eigenes See-mannsamt bekommt.

Moskau zeigt keine Eile. Auf die Frage nach dem künftigen Vertreter an der Alster bat Botschaftsrat Boro-nin von der Sowjet-Botschaft in Ro-landseck um „ein bißchen Geduld. Konkrete Gedanken haben wir uns noch nicht gemacht, über die abstrak-ten lohnt es sich nicht zu reden.“

länger außerhalb der schwarzen Townships, Bantustans oder an-grenzenden Industrien arbeiten dür-fen. Eine neue Verordnung (Koorn-hof: „Ich bin stolz, sie bekanntzuge-ben“) wirft in den nächsten Wochen Zehntausende von Afrikanern auf die Straße: kaufmännische Angestellte, Kassierer, Verkäufer, qualifiziertes Hotelpersonal.

Allein in der Transvaal-Provinz werden 10 000 ihren Arbeitsplatz ver-lieren. Eine Johannesburger Möbelfir-ma muß fast 700 ihrer 1000 schwarzen Arbeitskräfte entlassen.

Viele der Betroffenen weinten, als sie von dem am 3. Mai in Kraft tre-tenden Edikt hörten. In den schwar-zen Vorstädten und in den unterent-wickelten Reservaten werden sie keine Beschäftigung in ihren Berufen finden. „Ich habe 23 Jahre in der Telephon-vermittlung in Hotels gearbeitet“, klagte der Farbige William Motthibe, „jetzt muß ich über Nacht gehen.“